

der Vorbereitungen für die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse die Trennung von den Sozialpatrioten. Diesem Zwecke dient die Beitragsperre. Sie ist der weithin sichtbare Ausdruck des tiefsten Mißtrauens der Arbeiter zu den sozialpatriotischen Instanzen und des Willens, grundsätzlich und organisatorisch mit ihnen zu brechen. Sie zwingt die Instanzen zu Maßnahmen, die das Wesen des Sozialpatriotismus als einer arbeiterfeindlichen Klassenideologie in aller Kräßheit offenbaren; sie zwingt die Instanzen zum offenen Kampf gegen die Arbeiter unter Anrufung und Ausnutzung sämtlicher Machtmittel des Staates. Damit reißt sie die letzten Fetzen der Maske der Arbeiterfreundlichkeit vom Gesicht des Sozialpatriotismus, um seine arbeiterfeindliche Frage in ihrer ganzen Scheußlichkeit zu erkennen zu geben.

Aber mehr noch. Indem sie den Arbeitern die Klassenfeindlichkeit des Sozialpatriotismus zeigt, stärkt die Beitragsperre und der aus ihr entspringende Kampf in ihnen das Bewußtsein und den Willen, in aller Zuversicht gegen die Instanzen, die noch das Heft der Organisationen in der Hand haben, im Vertrauen auf die eigene Kraft und Fähigkeit den Kampf zu beginnen. Solange auch nur ein Fünkchen Vertrauen zu den sozialpatriotischen Partei- und Gewerkschaftsführern in den Arbeitern steckt, können sie den Kampf um den Sozialismus nicht beginnen. Ja, der Klassenkampf, der sich in der vor uns liegenden Epoche im wesentlichen in den Formen der Massenaktionen abspielen wird, kann nur durch den grundsätzlichen Kampf gegen die sozialpatriotischen Instanzen und ihre zentriemlichen Helfershelfer entfesselt werden.

Dieser innere Kampf ist, als Bestandteil des allgemeinen Klassenkampfes, ein eminent politischer Kampf; er gibt der Entfaltung der Macht der Arbeiterklasse von vornherein das politische Gepräge und die politische Richtung. In diesem Kampfe entwickelt sich der Vortrupp der Arbeiterarmee, der die Führung in den zukünftigen Kämpfen übernehmen wird.

Darum ist es ein so schwerer Fehler, wenn die Gruppe „Internationale“, so vorzügliches sie auch bislang für die neue Bewegung geleistet hat, in ihren offiziellen Kundgebungen, wie in ihren „Leitsätzen“ oder in den Thesen zur letzten Reichskonferenz, die grundsätzliche, schärfste Abgrenzung gegen die Sozialpatrioten und das Parteizentrum verabsäumt. Wo das geschieht, wird das Auftreten der Arbeiterklasse als politische Bewegung bedenklich aufgehalten, bekommt es umso schwerer den Charakter politischer Aktionen. Es kommt aber nicht allein darauf an, die Kraft der Arbeitermassen zu entfesseln, sondern ihr möglichst schnell das politische Gepräge zu geben.

Aber nicht nur in dieser Richtung wirkt die Beitragsperre für die neue Taktik. Ihre Durchführung stellt an die Arbeiter die größten Anforderungen, an die Energie und Ausdauer, an das organisatorische Geschick, an den persönlichen Opfermut, an die Einsicht in die Notwendigkeiten des Kampfes. Sie entwickelt in kleinem Maßstabe alle die Schwierigkeiten, die die Arbeiter in den späteren großen Kämpfen um die politische Macht in weit größerem Umfange zu überwinden haben werden.

Wie liegen die Dinge in Bremen? Der finanziellen Mittel beraubt, der organisatorische Apparat zum Teil in den Händen der Sozialpatrioten, zum Teil von den

Zentrumsführern fluchtartig verlassen; die Zeitung über Nacht sozialpatriotisch; die Schaffung eines Ersatzes von tausend Schwierigkeiten verfolgt, Widerstände seitens der Sozialpatrioten nicht minder wie seitens des Parteizentrums, das Mißtrauen, Verzögerung, Unmut sät und die Maßnahmen der Linksradiكالen als persönliche Schiebungen zu verdächtigen sucht; die Verhältnisse des Krieges und des Belagerungszustandes als der Widerstände größte: so stehen die bremischen Arbeiter vor unendlich großen Aufgaben und Schwierigkeiten. Aber gerade unter diesen Umständen wird sich's entscheiden, ob der Geist der Arbeiter, die die Beitragsperre beschloffen haben, stark genug ist, um die Schwierigkeiten zu meistern.

Gelingt das Werk, so wird eine gesteigerte Kampflust in den Arbeitern ausgelöst werden; gelingt es nicht, nun, so bleibt den Linksradiكالen nichts übrig, als das Werk von neuem zu beginnen, die treu gebliebenen Elemente zu sammeln und mit ihnen den Kampf gegen die kontrerevolutionäre Agitation des Parteizentrums innerhalb der Organisation aufs neue aufzunehmen. Sie werden dann in derselben Lage sein, wie ihre Kampfgesossen an anderen Orten, die in der Minderheit sind, oft genug in einer Minderheit, der jede Aussicht, im Rahmen der alten Organisation einmal Mehrheit zu werden, genommen ist, die trotzdem den Kampf innerhalb der Organisationen fortsetzen, bis die Spaltung der Partei es ihnen ermöglicht, die Masse der Linksradiكالen durch ihren Ausschluß zu vergrößern und zu stärken.

Die Spaltung der Partei ist kein einmaliger Akt; sie ist ein Prozeß. Die Beitragsperre ist ein wichtiges Glied dieses Prozesses. Sie bereitet die organisatorische Trennung von den Sozialpatrioten vor, enthüllt den aktionsunfähigen Charakter des Parteizentrums, läßt die Zusammenhänge zwischen der gegenwärtigen Krise der Sozialdemokratie und den allgemeinen Klassenkämpfen erkennen, zwingt die Arbeiter zu selbständigem Handeln, stärkt in ihnen die Kampflust, stellt sie vor Siege und Niederlagen, löst in ihnen alle psychologischen Momente des wirklichen Kampfes aus, kurz; sie zeigt bereits alle Erscheinungen der künftigen Massenaktionen auf und sie verteilt schon jetzt die Rollen, die die verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung in diesem gewaltigen weltgeschichtlichen Drama spielen werden.

Aus unserm politischen Tagebuch.

In der Nr. 1 der „Gleichheit“ schreibt der sächsische Parteizentrumsführer Gen. H. Fleißner unter Seitenhieben auf die Bremer: „Es liegt gar kein sachlicher Anlaß vor, die Parteiwirren nun auch noch auf die Genossenschaften zu übertragen, obwohl nicht zu verkennen ist, daß besonders Personenfragen sehr leicht dazu verleiten können. Es müßte aber von den Mitgliedern und von den Verwaltungen alles geschehen, um das zu vermeiden. Die der Opposition angehörenden Parteigenossen haben — natürlich: keine Regel ohne Ausnahme — sicher keinen Grund, die Verhältnisse noch mehr zu komplizieren, indem sie den Meinungsstreit auf neue Gebiete ausdehnen.“ Die Kaufmann und Müller machen die Genossenschaften zum Werkzeug des 4. August, stellen die genossenschaftliche Presse in ihren Dienst. Aber die „Opposition“ soll die „Wirren“ von den Genossenschaften fernhalten, weil sie kein Interesse daran hat, den „Meinungsstreit“ auf neue Gebiete zu übertragen. Sie soll die Genossenschaften als Asyl für den Sozialpatriotismus betrachten! So sieht der scharfe Kampf des Zentrums gegen die Sozialpatrioten aus. Für beide ist der ganze graufige Prozeß, den die Internationale durchmacht, „Wirren“. Beide wollen sich ausöhnen, darum nur keine Erweiterung des „Streites“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 4

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 27. Januar 1917

Einzelnummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Was weiter?	Seite 25
Das Friedensmanifest des Parteizentrums	27
Ein Manifest der französischen Opposition	29
Aus unserm politischen Tagebuch	31
Feuilletton:	
Sickingens tragische Schuld	31

Was weiter?

„Sie werden nicht sagen, ich hielte die Gegenwart zu hoch, und wenn ich dennoch nicht an ihr verzweifelte, so ist es nur ihre eigene verzweifelte Lage, die mich mit Hoffnung erfüllt.“
Marx an Ruge im Jahre 1843.

Das Verständigungsgerede und das Friedensgebimmel ist verstummt. Die Antwortnote des Zehnerverbandes an Wilson hat nach einer Seite vollkommene Klarheit geschaffen. Die Zentralmächte haben der Entente zwar keinen Frieden, wohl aber Friedensverhandlungen vorgeschlagen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie den Frieden wollen und obwohl sie sich bisher weigern, zu sagen, wie dieser Friede bestellt sein soll, weiß es jeder, der nicht ein Interesse daran hat, Hans den Naiden zu spielen. Dem militärischen Stande im Westen wie zur See Rechnung tragend, wollen sie die Grenzen im Westen im großen ganzen unberührt lassen und fordern hier nur militärische Garantien gegen die Ausnützung Belgiens als Stützpunkt der Entente. Wie sie sich dies auch denken mögen, scheinen sie doch auf den Plan zu verzichten, aus der belgischen Küste einen gegen England gerichteten Revolver zu machen, um das bekannte Wort Napoleons zu zitieren.

Ihr positives Kriegsziel ist die „Neuordnung der Staaten und Staatsgrenzen im Osten“, wie sich die „Chemnitzer Volksstimme“ ausdrückt, kurz und gut, sie wollen durch die Aufrechterhaltung der Türkei, Vergrößerung Bulgariens auf Kosten Serbiens, Einbeziehung Rumäniens in ihre Einflußsphäre, Bildung eines polnischen gegen Rußland vorgeschobenen Postens, Zusammenfassung der genannten Kleinstaaten mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu einem Staatenbündnis, einen kompakten wirtschaftlichen und militärischen Block von Berlin bis Bagdad bilden, der auch in Afrika über ein zusammenhängendes Gebiet verfügen würde. Was der Friede auf dieser Grundlage weltpolitisch bedeuten würde, hat Paul Rohrbach schon am 1. Januar 1916 in dem Programmartikel der „Deutschen Politik“ offen ausgedrückt, indem er schrieb, daß nach der Verwirklichung dieser Idee „fortan eine Politik englischer Nichtachtung zu den Un-

möglichkeiten gehören würde . . . Die Stellung Englands am Suezkanal wäre durchaus abhängig davon, ob Deutschland und seine Bundesgenossen in dem Verhalten Englands ihren sonstigen Interessen gegenüber den Ausdrück der Erkenntnis erblicken, daß der mitteleuropäisch-orientalische Staatenbund starke Zwangsmittel zur Verfügung hat.“ Das weiß der englische Imperialismus auch ohne Rohrbach und antwortet: das Verhältnis zwischen dem deutschen und englischen Imperialismus ist das von Rom und Carthago: für beide Seiten; der deutsche Imperialismus fühlt sich als Rom, das erkannt hat, daß Carthago in einem Kriege nicht niedergeworfen werden kann und will Schritt für Schritt, in Etappen, sein „ceterum censeo“ ausführen. Es spekuliert darauf, daß England-Carthago in Zukunft nicht mehr imstande sein wird, neun Groß- und Kleinstaaten um seine Fahnen zu sammeln. Deutschland-Rom will für diesen Moment von Berlin bis Bagdad wirtschaftlich und militärisch gerüstet dastehen. Nun lächelt dem englischen Imperialismus das Los Carthagos nicht und er hält die Idee dreier punischer Kriege für zu kostspielig. Solange ihm die Bundesgenossen bei der Stange bleiben, will es fedten, um Deutschland das Geschick von Carthago zuteil werden zu lassen.

Gestützt auf die Millionen seiner aus dem Boden gestampften Soldaten, auf die Hunderte und Aberhunderte neu organisierter Munitionsfabriken, hat England die kriegführenden Ostiken Frankreichs und Rußlands mitgerissen, die von ihm „geschützt“ — bis zum völligen Zerreiben „geschützt“ — Kleinstaaten mitgeschleppt und ist entschlossen, den Kampf bis zu Ende zu führen, soweit das von ihm abhängen wird. Bis zu Ende, d. h. bis zur Niederlage der Zentralmächte, die ihm ermöglichen würde, die Völker der Türkei zu befreien, d. h. Arabien von der Türkei abzutrennen, damit es ein Bindeglied zwischen Aegypten und Indien, den beiden Pfeilern der englischen Herrschaft bilde, die ihm ermöglichen würde, die durch die serbischen und rumänischen Siege Deutschlands hergestellte Verbindung Mitteleuropas mit der Türkei zu zerschneiden. Alles andere sind erwünschte Mittel der weiteren Schwächung des deutschen Imperialismus, oder Preise, die England seinen Bundesgenossen für die Mithilfe zu versprechen genötigt ist: so Elsaß-Lotbringen Frankreich; Armenien, Konstantinopel und Ostgalizien Rußland; die Ostküste Adrias Italien; dazu Kriegskontributionen, die dem deutschen Imperialismus die Schwingen auf Jahrzehnte durchschneiden würden.

In allen den übrigen Kriegszielen, wie der Zer-

trümmerung Oesterreichs, die in eine Tschechoslowakei, ein gerupftes Ungarn und einen wohl an Deutschland anzuschließenden deutschen Teil zerfallen sollte — die Polen würden dann alle die Wohlthat der zarischen Knute genießen, die Serbokroaten würden zu Großserbien, die Italiener zu Italien geschlagen — ist nur eine Tendenz von Bedeutung: die Tendenz zur Zersplitterung Mittel- und Osteuropas in sich gegenseitig balanzierende, einen Zankapfel zwischen Rußland und Deutschland bildende Kleinstaaten, kurz und gut eine „Befreiung der kleinen Nationen“, die das große englische Imperium von dem Abdruck der weltpolitischen Konkurrenz des mittel-europäischen Imperiums befreien würde. Man braucht kein Wort zu verlieren, um zu beweisen, daß diese „Befreiung“ bis zum Weißbluten nur den Interessen des englischen Imperialismus dient, daß sonst alle Tschechoslowaken der fünf Erdteile für die Entente nicht einmal den Wert eines Hofenknopfes haben, für den be antlich selbst der jüdische Hausierer nichts gibt. Die englischen Imperialisten, die mit dem Scharfblick des Interesses das Wesen der Bildung eines polnischen Staates als ein Mittel der Stärkung des deutschen Imperialismus herausgefunden haben, machen sich selbst ganz gewiß nicht die geringsten Illusionen über ihre „Befreierrolle“.

So stehen sich in voller Größe zwei imperialistische Koalitionen entgegen. Die eine möchte einstweilen Schluß machen, um ihre bisherigen Erfolge zu sichern und sich für den zweiten Waffengang zu stärken. Die andere hat noch keine Beute gemacht, der Abbruch des Krieges wäre für sie eine Niederlage, sie hofft aber der anderen Koalition noch eine zu bereiten. Darum lehnt sie den Frieden jetzt ab. Diese Sachlage gibt wahrhaftig wenig Gelegenheit zum Nachblättern in der traurig-großen Geschichte vom Siegfried mit dem Taubenherz und Hagen dem Grimmen; es sei denn, daß man sich erinnern will, daß auch der heldenhafte Siegfried seine Hand nach dem glitzernden Nibelungenschatz ausgestreckt hat, und daß Hagen ihm nachstellte, um eben diesen zu stehlen.

Um den Nibelungenschatz imperialistischer Beute ist der Krieg ausgebrochen. Durch eine Verständigung und Teilung der Beute läßt er sich nicht schlichten. Wohl könnten die Mächte dabei gut auf ihre Rechnung kommen, aber keine will der anderen den Anteil, den sie begehrt, gönnen, keine traut der andern, daß sie den Anteil nicht gebrauchen würde, um auf ihn gestützt den Kampf um den zweiten Anteil zu beginnen. Sieg oder Niederlage, so steht für sie die Sache. Mögen die vernünftigeren Elemente der kapitalistischen Bourgeoisie den Leitern der Geschichte von Millionen noch so laut die Worte Goethes, des Weisen, zurufen: „Bald, es kenne nur jeder den eigenen, gönne dem andern seinen Vorteil, es ist ewiger Friede gemacht“. Sie können der Mahnung nicht folgen. Werden sie nicht durch einen militärischen Zusammenbruch einzelner tragender Pfeiler dieser oder jener Koalition genötigt, auf ihre Pläne zu verzichten, so wird der Krieg Jahre dauern. Es sei denn, daß die Entscheidung über seine Fortführung in andere Hände übergehen würde. Das ist die Sachlage.

Der Ruf: Keine Sieger und keine Besiegte! ist bei dem gegebenen Kräftezustand in den kriegsführenden Ländern ein frommer Wunsch, der nur den Völkern den Blick in die reale Sachlage verschließt. Wenn Viktor

Adler in seiner „Friedensrede“ behauptet, der Kriegsbrand sei ausgebrannt, er finde keine neue Nahrung, so ist das eine Illusion, es gibt noch in den kriegsführenden Ländern Millionen Jugendlicher und alter Männer, die man in den Krieg schicken kann, es gibt noch neutrale Länder, die zu neuen Opfern ausersehen sind. Der Krieg geht unerbittlich weiter und die Internationale ist vor die Frage gestellt, was sie weiter tun will.

Kapitalisten aller Länder verständigt und vereinigt Euch! — das war der Schladtruf der Zentrumsleute in Deutschland, England (J. L. B.), Frankreich (Brizon, Raffin-Dugens, Blanc, Bourderon, Merheim), Italien (Turati, Treves, Modigliani), Rußland („Organisations-Komitee“ mit Axelrod an der Spitze). Diesem Ruf nach „Verständigung“ schlossen sich die Sozialpatrioten der Zentralmächte an, als ihre Herren und Gebieter den Frieden zu schließen Lust verspürten. Mit dem Mikroskop in der Hand studierten sie die „Friedensnoten“, ob sie nicht irgend eine Pforte offen lassen, durch Teleskope suchten sie den Horizont nach der Friedenstaube ab. Das werden die Sozialpatrioten jetzt unterbrechen. Die Palme wird in den Schrank gestellt, das Schwert wird geschliffen.

Im Lager des 4. August gewinnen die Sozial-imperialisten Oberhand, der Generalstabschef der Sozialpatrioten, Friedrich Stampfer, der das Verständigungslied im „Vorwärts“ so laut sang, der die Leinwand und Cohens als Alldeutsche verhöhnern konnte, er wird als Verderber der Nation von den Sozialimperialisten angefaucht und wieder ertönt der altgermanische Barritus aus den Spalten des „Vorwärts“, der der Regierung schon mit der Kommune droht, wenn sie kapitulieren würde, welche Gefahr jedoch keinesfalls besteht. Den sozialpatriotischen Hektors ist es nicht schwer, die Rüstung wieder anzulegen, da ihre Politik immer auf die Unterstützung der Kriegsnotwendigkeiten ausging, denen sie sich immer unterwarfen. Selbst ihre „Friedensaktion“ diente, wie der „Vorwärts“ in einer Polemik gegen die „Tägliche Rundschau“ eingestanden hat, keinem anderen Ziel als der Stärkung des Kriegesgeistes der Soldaten, durch die Befestigung der Ueberzeugung, daß es sich nur um die Verteidigung des heimatischen Herdes handle.

Aber was werden die Sozialpazifisten aus dem Zentrum der Partei tun? Ihr neues kommunistisches Manifest: Kapitalisten aller Länder, verständigt und vereinigt Euch! hat ausgespielt, er hat für absehbare Zeit nicht den geringsten Sinn. Sie sind am Ende ihres Liedes. Die kapitalistischen Regierungen, von deren Verhandeln sie — um mit der „Leipziger Volkszeitung“ zu sprechen — das Heil der Menschheit erwarteten, antworteten wie jener Sophist bei Platon: es gibt keine Pferdheit, es gibt nur Pferde: wir kennen keine Menschheit, wir kennen nur unsere kapitalistischen Interessen, und die sind verschieden in jedem Lande. Der „Vorwärts“, der sich in dem neu angelegten Kostüm des Heimkriegers sehr munter fühlt, als hätte er niemals die Friedenspalme geschwenkt, ist ihnen hart auf den Hacken. „In dem Manifest der Minderheitsgruppen wird gesagt, daß wir nicht Frieden um jeden Preis, sondern Frieden, ohne Sieger und Besiegte haben wollen. Nun ist es klar, daß nur die Gegner einen solchen Frieden jetzt noch nicht geben wollen. Jetzt wäre jedes

Wort, das in seiner Wirkung darauf hinausläuft, den Verteidigungswillen des deutschen Volkes zu erschüttern, ein Verbrechen am deutschen Volke.“ Auf diese Ermahnung an die Pflicht der Vaterlandsverteidigung, die die Zentrumsleute aller Länder stramm anerkennen, — mit Ausnahme der russischen, die ihr Vaterland ausgesetzt häßlich finden — kann die „Leipziger Volkszeitung“ nur mit der Tirade antworten: „Versagen die Regierungen, so muß an die höhere Instanz appelliert werden, an die Völker! An ihnen ist es, den stockenden Karren des Friedenswerkes wieder in Gang zu bringen.“

Soll das nicht eine Verlegenheitsphrase sein, so müssen die Zentrumsleute sagen, welche Ausführungsmittel der höheren Instanz zur Verfügung stehen, sie müssen sagen, mit welchen Kräften der Karren in Gang gebracht werden soll, worauf man erst glauben wird, daß sie wirklich an die Arbeit gehen wollen. Unlängst erst hörten wir doch von dem Abgeordneten Herzfeld, daß die Frage der Massenaktionen rein theoretisch sei, weil doch die Säule, die den Karren in Gang bringen könnten, auf einem anderen Felde beschäftigt seien. Wird das Zentrum aber keine Säule finden können, so wird es auch garnicht versuchen können, den Friedenskarren zu bewegen.

Das Friedensmanifest des Parteizentrums.

Auf dem Dache sitzt ein Greis,
der sich nicht zu helfen weiß.

Das Zentrum der Partei hat im Anschluß an die Konferenz vom 7. d. Mts. ein Friedensmanifest erlassen, das die „Leipziger Volkszeitung“ fälschlicher Weise das Friedensmanifest der Opposition nennt. Das von Kautsky entworfene Manifest drückt natürlich nur die Auffassung der Arbeitsgemeinschaft und ihrer Anhänger aus. Und es wäre schlimm um die Opposition Deutschlands bestellt, wenn ihr entschiedener Teil den Ausführungen des Manifestes zustimmen würde. Daß es nicht der Fall ist, hat die Deffentlichkeit mittlerweile erfahren. Die Erklärungen der Gruppe „Internationale“, sowie der Genossen Borchardt und Knieß, als Vertreter der Anschauung der Zimmerwalder Linken zur Friedensfrage, haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß es sich in der Behauptung der „Leipziger Volkszeitung“ um eine Unrichtigkeit handelt.

Bevor wir zur Kritik des Manifestes übergehen, wollen wir — gerecht wie wir einmal sind — anerkennen, daß das Manifest selbst wie es ist eine Urkunde der Wiedergeburt der Arbeitsgemeinschaft ist. Denn am 13. Dezember waren die Blätter, die zur Arbeitsgemeinschaft stehen, in einer solchen Holdriosstimmung, warfen sie sich Herrn Bethmann so stürmisch an den Hals, daß der hinter dem Reichskanzler stehende Herr Scheidemann schon ein Kalb schlachten wollte, um die Bekehrten feierlich zu empfangen. Es dauerte eine Zeitlang, bis die zentriemlichen Bieder-männer erkannten, daß — wie sie jetzt in ihrem Manifest sagen — „die bloße Bereitschaft zu einem Frieden an sich, ohne jede nähere Angabe seiner Bedingungen“ nicht genüge. Aber wieder zu sich gekommen, ist die zentriemliche Opposition das geblieben, was sie war, ein Schiff ohne Steuer und ohne Ruder; ihr Manifest ist logisch ein Haufen von Widersprüchen, politisch spornt es zu keiner Tat an.

Warum erklären die Regierungen nicht, wofür sie in diesem Kriege kämpfen? fragt das Manifest. Dies ist „eine Folge der Macht, welche die Kriegsparteien in den herrschenden Klassen noch besitzen“, antwortet es. Wenn die Regierungen so sehr im Banne der Kriegsparteien, d. h. des Imperialismus, sind, daß sie in keinem Lande offen ihre Ziele nennen wollen, so ist es desto klarer, daß sie auch nichts unternehmen werden, was diesen Zielen widerspricht, daß sie also diese Ziele verfolgen. Diesen Schluß zieht das Manifest nicht. Denn sonst könnte es nicht von den Regierungen fordern, daß sie den Kriegszustand aufheben, Preß- und Versammlungsfreiheit gewähren sollen, damit das Volk den Einfluß der Kriegsparteien brechen kann.

Indem die zentriemlichen Manifestanten vor die Regierung treten mit der Bitte: gib uns Meinungs-freiheit, damit wir den Einfluß der Reventlows auf euch brechen können, verpflichten sie der politischen, grundlegenden Behauptung der Scheidemänner bei, daß zwischen der Regierung Bethmann-Hollwegs und der Tirpitzfronde ein prinzipieller Gegensatz bestehe, eine Behauptung, die — wie wir hier mehrmals bewiesen haben — eine Legende ist, wie sie Herr Bethmann sehr notwendig und die Sozialpatrioten noch notwendiger brauchen. Indem das Zentrum der Partei in der Rolle des Befreiers Bethmann-Hollwegs von dem Joche der Tirpitz auftritt, gibt es der Arbeiterklasse ein ganz falsches Bild der Situation, es weckt in ihr die Ueberzeugung, es handle sich um den Kampf gegen eine kapitalistische Clique, wo es sich um die Gesellschaft handelt.

Nachdem das Manifest mit der Aufstichung einer betrügerischen sozialpatriotischen Legende beginnt, geht es zur Aufstellung der Kriegsziele über. Es erklärt, die Opposition habe niemals „die Bereitschaft zum Frieden um jeden Preis“ gefordert. Was bedeutet dieses vieldeutige Wort? Wollten vielleicht die Zentrumsleute den serbischen Genossen den Rat geben, sie sollen sich solange dem Frieden widersetzen, bis ganz Serbien befreit sein wird. Die Kählerowitsch, die tapferen Vertreter des jungen serbischen Proletariats, würden, wie wir sie kennen, — Kählerowitsch hat sich auf der Kienthaler Konferenz ausdrücklich mit der Resolution der Zimmerwalder Linken einverstanden erklärt — unseren Zentrumsleuten antworten: ganz gewiß erstreben wir einen besonderen Frieden, den des Sozialismus, um den wir eben jetzt mit voller Wucht kämpfen müssen; ganz gewiß „stehen wir der Freiheit und Selbständigkeit der Nationen in der bürgerlichen Gesellschaft keineswegs gleichgültig gegenüber“ — wie das zentriemliche Manifest mit Recht behauptet; aber wir stimmten nicht für die Kriegskredite, als Mackensen an der Donau und Koewes an der Morawa stand (merken Sie es, Gen. Ledebour?), und fordern den Frieden auch heute, kämpfen für ihn, denn keine nationale Unterdrückung, wie sie die schrecklichste Niederlage bringen kann, würde das Proletariat so schwächen, so weißbluten, wie es die Fortführung des Krieges tut, der das Geschlecht ausrottet, das, um den Sozialismus kämpfend, auch die schrecklichsten Folgen des Krieges aufheben kann.

Wir kämpfen — würde Kählerowitsch sagen — um den Frieden, der allen Völkern Freiheit geben würde, um den Sozialismus; die Verantwortung für jeden anderen lassen wir denen, die den Krieg heraufbeschworen

haben; solange wir aber trotz aller Bemühungen keine Kraft besitzen werden, den eigenen, sozialistischen Frieden zu erringen, wird jeder Friede, den die Regierungen schließen können, gegen die Interessen des internationalen Proletariats sein, aber keiner wird es in höherem Grade tun, als die Weiterführung des Krieges. Deswegen würde unser Freund Raglerowitsch, der revolutionäre Vertreter eines niedergeworfenen Landes, die Einwendung gegen den „Frieden um jeden Preis“ als sozialpatriotische Phrase ablehnen, die nur das Bekenntnis zur Landesverteidigung verdeckt. Natürlich soll das niemanden ein Freibillet zur Zustimmung zu Annexionen geben, damit nur der Frieden schneller komme. Es soll nur zeigen, daß wir auch gegen die Gefahr der Annexionen nicht durch eventuelle Forderung der Weiterführung des Krieges kämpfen dürfen.

Nun erklären sich die Zentrumsleute, nachdem sie sich gegen den „Frieden um jeden Preis“, das heißt für die evtl. Landesverteidigung ausgesprochen haben, für einen Frieden „ohne Sieger und Besiegte“, einen „Frieden der Verständigung“. Das will auch Herr Scheidemann, und was noch mehr heißt, alle kühler denkenden imperialistischen Elemente. Denn ein Frieden der Verständigung, den die Regierungen schließen, würde — wie wir es hier oftmals bewiesen haben — nichts anderes sein als ein Frieden, in dem die imperialistische Beute „gerecht“ verteilt würde.

Deutschland würde z. B. Belgien und Nordfrankreich wiederhergeben, dafür den Kongo bekommen, Oesterreich und Bulgarien würden Teile Serbiens an sich reißen, dafür den Russen Ostgalizien, den Italienern das Trentino abtreten und ihnen erlauben, Balona zu besetzen, die afrikanischen Kolonien würden neu aufgeteilt usw. In solchem und ähnlichem Handel würde der Frieden der „Verständigung“ bestehen. Die Zentrumsleute fordern ihn, aber gleichzeitig heben sie die Finger an die Nase und fordern, daß dabei „keines der betreffenden Völker eine Demütigung oder Schädigung seiner Existenzbedingungen“ erleide. Ja, nachdem sie erklärt haben, daß die Eroberung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker „nur das Werk des siegreichen Proletariats sein kann“, fordern sie, daß Grenzverschiebungen nur mit Zustimmung der betreffenden Bevölkerung stattfinden. Also zusammengefaßt: die Regierungen sollen sich verständigen, wie sie die Beute einteilen, aber über die Opfer des Imperialismus soll nur mit deren Zustimmung beschloffen werden und so, daß sie dabei weder am Leib noch an der Seele einen Schaden erleiden. Zwar kann das alles nur das Werk des siegreichen Proletariats sein, das macht nichts, man kann die Regierungen immerhin aufordern, in Vertretung des Proletariats dieses Werk einstweilen auszuführen.

Na, wenn der schlechte Imperialismus so gut ist, daß er unsere Aufgaben ausführen kann, warum nicht mehr fordern? Somit fordert das Manifest, daß die Regierung abrüsten und in Zukunft alle ihre Streitereien schiedsgerichtlich erledigen soll. So gewinnen sie Mittel zur Bezahlung der Kriegsschulden und noch mehr, sie befreien die Menschheit von der Gefahr der Kriege, was ihnen besonders am Herzen liegen muß. Denn „im Wettrüsten liegt eine der stärksten Wurzeln des jetzigen Krieges. Sie auszurotten ist die erste Vorbedingung

dafür, künftigen Kriegen vorzubeugen“ — sagt das Manifest und erreicht damit die Höhe der Erkenntnis; denn es ist klar, wenn es keine Kanonen und Soldaten gibt, dann gibt es keinen Krieg. Nur daß das Pferd beim Schwanz aufgezäumt wurde.

Damit die Völker die Waffen niederlegen können, muß der Kapitalismus verschwinden, der sie ihnen in die Hand drückt zur Verfolgung seiner imperialistischen Ziele. Das Wettrüsten ist nicht eine der stärksten Wurzeln des Weltkrieges. Man kann also den Krieg nicht dauernd abschaffen, ohne den Kapitalismus nicht beseitigt zu haben, man kann für den Frieden nicht kämpfen, ohne nicht für den Sozialismus zu kämpfen. Und hier kommen wir zu der Quelle all der Widersprüche des zentrierten Manifestes.

An der Spitze des Manifestes steht die Berufung auf die Beschlüsse internationaler Kongresse, die im Falle des Krieges den Kampf für dessen rasche Beendigung forderten. Das Manifest bricht hier ab; diese Beschlüsse forderten aber bekanntlich mehr. Das entscheidende Amendement der Resolution wurde auf dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Stuttgart von der Genossin K. Luxemburg und dem Gen. N. Lenin eingebracht, die — bekanntlich — beide Vertreter der entschiedensten Linken sind. Wollten sie damit sagen, daß so ein Krieg, ebenso wie die Kommunalwahlen in Burghude, sehr gut ausgenutzt werden kann zur sozialistischen Agitation, zur Beweisführung, daß der Sozialismus einmal kommen wird. Nein, sie sagten damit, daß eine Epoche angebrochen sei, in der die sozialistische Umwälzung auf der Tagesordnung stehe, und daß besonders die erschütterndste politische Krise zu ihr treibt. Es ist kein Zufall, daß die Herren Zentrumsleute diese Stelle der internationalen Resolutionen auf einmal weglassen, und das in dem Moment, für den sie eben bestimmt waren.

Denn würden sie die Aufgaben der jetzigen Zeit gemäß dem Amendement Luxemburg und Lenin von 1907 auffassen, so würden sie sich nicht hinstellen können und erklären: da wir zum Kampfe um den Frieden politischer Freiheiten bedürfen, darum möge sie uns der Herr Reichskanzler geben. Auch wollen wir, das der Friede gut sei und alle Regierungen auf ihre Hühneraugen wie auf die der Völker gebührende Rücksicht nehmen. Dafür wollen wir kämpfen, weil wir wissen, daß der Burgfrieden schlecht ist. Statt sich an die Regierungen zu wenden, würden sie die grundsätzliche Umwälzung propagieren, in ihrem Sinne und mit den ihr entsprechenden Mitteln den Kampf führen. Um das tun zu können, würden sie nicht platonische Wünsche äußern, nicht Pläne aushecken, wie sich die Republik mit dem Herzog an der Spitze einrichten ließe, sondern sie würden den Massen sagen was ist und was sie zu tun haben. Aber weil — wie vor kurzem der Abg. Herzfeld in einem Berliner Wahlkreise erklärte — jetzt für einen Teil von ihnen die Frage der Massenaktionen als eine rein theoretische erscheint, weil sie ihr Ziel, die grundsätzliche Aenderung als sehr entferntes ansehen, weil für einen weiteren Teil des Zentrums „solche Experimente“ als sehr gefährlich erscheinen (sie könnten noch nötigen zur Zahlung „jeden Preises“), so müssen ähnliche Produkte der Ohnmacht — Ohnmacht des Gedankens wie der von

ihm zu befruchtenden Tat — entstehen, wie dieses Manifest.

Die Zentrumsleute berufen sich auf Zimmerwald und Kienthal. Aber wie viel man auch an den Kundgebungen dieser Konferenzen aussetzen kann, sie atmen einen ganz anderen Geist. Die Kienthaler Friedensresolution insbesondere zeigt die Fragen in der Perspektive der grundsätzlichen Umwälzung, lehnt den Sozialpatriotismus offen ab, zeigt dem Proletariat die Wege der Tat. Die Zentrumsleute haben unter Führung Hoffmanns dieser Resolution zugestimmt, jetzt tischen sie unter Berufung auf Kienthal dem deutschen Proletariat alle dort bekämpften Illusionen auf, und sagen ihm nicht, auf welchen Weg Kienthal hinweist. Die entschiedene Linke in der deutschen Opposition wird sie bei entsprechender Gelegenheit an diese Preisgabe der Kienthaler Ideen erinnern.

Jetzt gilt es, im Gegensatz zum Zentrum, selbständig und klar den Kampf um den Frieden zu führen. Die grundsätzliche Umwälzung ist der Weg zu ihm, mit allem was drum und dran hängt. Nur in ihrer Perspektive ist der Kampf gegen Annexionen kein Festhalten an dem alten, morschen Statusquo, denn er strebt darüber hinaus, zur Neuordnung aller menschlichen Verhältnisse. Nur in diesem Sinne nimmt er von der Arbeiterklasse die Verantwortung für alle Lasten eines kapitalistischen Friedens, falls ihre Kräfte zu der Erringung eines anderen nicht langen würden. Nur in diesem Sinne geführt, kann der Kampf Kräfte wecken, die alle Folgen, selbst des ungünstigsten Friedens, zu überwinden imstande sein werden. Wer das Ziel der grundsätzlichen Umwälzung nicht zum Leitstern der Friedensaktion macht, der verurteilt sich zu all den Widersprüchen, die das zentrierte Manifest charakterisieren und er verurteilt seine Aktion zur Ohnmacht.

Ein Manifest

der französischen Opposition.

Unter dem Titel „Die Sozialisten von Zimmerwald und der Krieg“ veröffentlichte das französische Komitee zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen legal ein Manifest, daß wir weiter unten in seinen wesentlichsten Zügen zum Abdruck bringen. Jeder Leser wird sofort bemerken, daß es sich hier um ein Dokument von erstklassiger politischer Bedeutung handelt, den ersten energischen Schritt der entschiedenen Opposition der französischen Sozialisten. Wir werden dem Abdruck dieser Kundgebung eine kritische Würdigung ihrer Bedeutung folgen lassen. Hier zunächst der Inhalt des Dokuments:

Der gegenwärtige Krieg verfehlte der zweiten Internationale einen furchtbaren Schlag; seine Wirkung kann in diesem Augenblick niemand ermessen, seine Folgen niemand voraussehen.

Zu schwach, die Menschheit vor dem furchtbaren Krieg zu bewahren, zur Ohnmacht verurteilt, durch die antisozialistische Politik jeder Möglichkeit zur Entfaltung des Klassenkampfes beraubt, scheinen die Arbeiterorganisationen außer Stande zu sein, irgendwelchen Einfluß auf den Gang der Ereignisse auszuüben oder ihre

Stimme in dem Moment des Friedensschlusses geltend zu machen.

Die organisatorische wie moralische Einheit der sozialistischen Bestrebungen bekam überall einen Sprung, an vielen Stellen ging sie vollkommen in die Brüche. In Frankreich ist sie ein leeres Wort, dem die Tatsachen jeden Sinn nehmen. Menschen, die dieselbe Sprache sprechen, die gestern noch — so konnte man glauben — für immer verbunden waren, verstehen einander nicht mehr. Den einen hat der Krieg den Zauber der Mitarbeit an der Regierung, den Burgfrieden, die Solidartät von Arbeit und Kapital, den nationalen Sozialismus, den Befreiungskrieg vorgegaukelt; den andern sind diese Blumen fremde Gewächse im Garten des Sozialismus.

Sie alle nennen sich selber Sozialisten. So ist es notwendig, sich in diesem Durcheinander auskennen zu lernen, mit größter Objektivität die Haltung jeder Fraktion, wie die Grundsätze, um die der Kampf geht, die noch völlig im Dunkeln liegen, zu untersuchen.

Verschiedene Richtungen haben sich seit zwei Jahren im Schoße der Internationale gebildet. Die Probleme, die sie aufgewühlt haben, sind so verwickelt, daß man kaum behaupten kann, daß auch nur eine dieser Richtungen völlig gleichartige Elemente besitzt. In Frankreich bildeten sich in der Partei drei wichtigere Richtungen, deren Entwicklung durch den Raub der bürgerlichen Freiheiten je nachdem begünstigt oder aufgehalten wurde. Es ist im gegenwärtigen Augenblicke schwer, ihre wirkliche numerische Stärke zu beurteilen und die Namen Mehrheit, Minderheit, Zimmerwaldisten sind nur Symbole. Was hinter ihnen steht, wird sich erst herausstellen, wenn das organisierte französische Proletariat die Möglichkeit der Klärung bekommen wird.

Die Richtungen in der französischen Sozialdemokratie.

1. Die Mehrheit.

Nach der Auffassung der Mehrheit wurden die Verbündeten durch die Zentralmächte, die nach ihrer Meinung allein die Verantwortung für den Krieg tragen, brutal angegriffen und sie selbst kämpfen für Recht und Gerechtigkeit. Der Krieg muß also bis zu seinem logischen Ende, bis zum Siege geführt werden, bis zur Ausrottung des deutschen Militarismus. Dieser Sieg bringt einen dauerhaften Frieden, ohne Annexionen, bringt die obligatorischen Schiedsgerichte. „Die Befreiung der unterdrückten Nationen, die Emanzipation der Völker, die Wiederherstellung des Rechtes in Elsaß-Lothringen, die Lösung der polnischen, tschechischen Fragen etc. etc.“

Um diese Ziele zu erreichen, gab die Mehrheit der Regierung ihre volle Unterstützung, ohne Vorbehalt, ohne Bedingungen; sie gab ihr drei Minister und stellte ihr die materiellen und moralischen Kräfte der zentralen Parteinstanzen zur Verfügung.

Sie hat einen Pakt mit unseren Klassenfeinden geschlossen, den Burgfrieden, und sie war seine kräftigste Stütze. Heute darf man den Burgfrieden nicht mehr als eine vorübergehende Notwendigkeit ansprechen. Die Mitglieder der Partei und der C. G. T. (Confederation General du Travail [Gewerkschaftsbundes]) haben nicht nur einmal betont, daß er bis in alle Ewigkeit notwendig ist.

Die Mehrheit widersetzte sich endlich stets jeder Aufnahme der internationalen Beziehungen und stellte auch für die Zukunft als Bedingung ihrer Wiederaufnahme

revolutionäre Bewegungen in Deutschland und die Verpflichtung aller Sektionen der Internationale, die prinzipiellen Beschlüsse aller internationalen Kongresse wieder in Kraft zu setzen.

Was für Folgen wird diese Politik für die Partei und für die Völker haben?

Das ist ein Geheimnis der Zukunft; aber die gegenwärtigen Resultate rechtfertigen in vollem Umfange die Besorgnisse derer, die den Prinzipien aus der Zeit vor dem Kriege treu bleiben wollen.

Dem Hasse der einen, der Blindheit der anderen geopfert, liegt die Internationale in den letzten Zügen und ihr Wiederaufleben ist an derartige Bedingungen geknüpft, die es immer unwahrscheinlicher machen.

Gefordert von denen, die sie faktisch brechen, ist die Einheit nur ein Schatten, der zerfließt, je klarer der Sinn der Ereignisse und die Grundsätze jeder einzelnen Fraktion hervortreten.

Für den Schatten des dauerhaften Friedens, der Befreiung der unterdrückten Nationen, die Wiederherstellung von Rechten, die durch Jahrhunderte vergewaltigt waren, hat der Sozialismus seine Unabhängigkeit geopfert, die wenigen Freiheiten, die so teuer erkaufte waren.

Niemals war der Militarismus so machtvoll, niemals traten die Eroberungstendenzen des Imperialismus so klar zutage, niemals übte der Staat so ausgiebig seine Macht aus, niemals war die Ausbeutung der Arbeiter so groß, wie jetzt.

Der Klassenkampf wird von den Sozialpatrioten jeden Tag denunziert, jeden Tag beschimpft. Sie wollen ihn durch den längst kompromittierten Klassenfrieden ersetzen, der eine Verneinung des Sozialismus ist.

2. Die Opposition.

(Die sozialistische Minderheit.)

Diese Sachlage mußte notwendig überall einen starken Widerstand hervorrufen. In Frankreich ist die Opposition durch zwei scharf voneinander abgegrenzte Gruppen vertreten: die Minderheit, bestehend aus den Anhängern von Longuet, Pressmane und die Zimmerwaldisten.

Nach zwei Jahren eines Krieges, dessen Sinn sich mit einer nicht mißzuverstehenden Deutlichkeit entschleierte hat, bleibt die Politik der Minderheit inkonsequent, widerspruchsvoll, und ihre Mitglieder tragen vor den Massen und der Geschichte einen großen Teil der Verantwortung dafür, daß man den organisierten Sozialismus in ein geduldiges Werkzeug des imperialistischen Blocks umgewandelt hat.

Wo laufen die Richtlinien dieser Politik? Was für Resultate kann sie dem Proletariat in den Rahmen einer Nation und international versprechen?

Die Untersuchung der Resolution, die die Minderheit dem Parteitag vorgelegt hatte, zeigt ganz klar, daß die Minderheit in allen wichtigen Fragen mit der Mehrheit übereinstimmt. Wie die Mehrheit, erklärt sie sich bereit, mitzuarbeiten an der Vaterlandsverteidigung, gibt sie zu, daß der Krieg auf der Seite der Alliierten ein reiner Verteidigungskrieg ist und bewilligt sie Kredite für seine Weiterführung. Sie kämpft für die „Wiederherstellung des vergewaltigten Rechtes von 1871“, für die Befreiung der unterdrückten Nationen und für die Ausrottung des deutschen Militarismus.

Gleichzeitig findet sie aber, daß „der Krieg für die

Völker die schwersten Folgen haben wird und daß man eine Aktion für den sofortigen Frieden ohne Annerkennung beginnen müsse.“

Aus diesem Grunde, und „um dem organisierten Proletariat die Möglichkeit zu geben, auf die Friedensverhandlungen einen Einfluß auszuüben, erklärt die Minderheit sich bereit, die internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen und verlangt von der Partei und dem Parlament, sie sollen von der Regierung 1. die öffentliche Bekanntgabe der eigenen Kriegsziele 2. die Veröffentlichung der Kriegsziele der Alliierten und 3. wohlwollende Annahme jedes Vorschlages einer Vermittlung und eines Schiedsgerichtes fordern.

Wir finden nirgends die Frage des Burgfriedens, nirgends die Frage der Teilnahme an der Regierung aufgeworfen, und dieses Schweigen beweist, daß die Minderheit diese Dinge für notwendig hält.

Ihre Verurteilung stünde auch im Widerspruch zu der vorausgehenden Erklärung, deren widerspruchsvoller Charakter sowieso in die Augen springt. So tritt die Minderheit für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und gleichzeitig für die Gründe ein, die diese unmöglich machen, sie tritt gleichzeitig für den Internationalismus und für den Nationalismus ein.

Der Eindruck dieser Konfusion wird noch verstärkt bei der Lektüre des „Populaire“, des offiziellen Organs der Minderheit. Der krasseste Widerspruch herrscht oft zwischen verschiedenen Artikeln und Auszügen, die in diesem Organ veröffentlicht werden und dem offiziellen Standpunkt der Gruppe. Alle die, die durch die Stellungnahme der Mehrheit beunruhigt sind, können in diesen Artikeln wenigstens den Widerschein ihrer Gedanken und Hoffnungen finden.

Diese schlaue Taktik begünstigt augenscheinlich die Werbung von Anhängern, aber sie vergrößert die Zahl derjenigen, die eine Politik treiben, die letzten Endes mit der Politik der Mehrheit übereinstimmt. Diese Taktik bildet daher für den Sozialismus eine ebenso große Gefahr, wie der widerspruchsfreie, reine Nationalismus der Mehrheit.

Genau so wie der Regierungsblock einen Sozialismus nötig hat, der die Arbeitermassen diszipliniert und durch seine Autorität an den Militarismus kettet, genau so braucht die Mehrheit, durch den Widerstand der Zimmerwaldisten aufgeschreckt, die Minderheit, die — unbewußt allerdings — ihr Spiel spielt, da sie die unzufriedenen Elemente an sich lockt, ihr sozialistisches Gewissen einlullt und sie dann nötigt, die offizielle Politik der Partei zu treiben.

Durch ihre Haltung schafft die Minderheit der tapferen deutschen Opposition unüberwindbare Schwierigkeiten, desavouiert sie die Stellung der italienischen, serbischen, russischen und beider englischen Parteien; gleichzeitig isoliert sie die Minderheit in gefährlicher Weise innerhalb der französischen parlamentarischen Fraktion, die Genossen Briçon, Raffin-Dugente und Blanc, die tapfer die ersten Schritte getan haben, um die Partei von der Verantwortung für das Werk des Militarismus zu befreien.

Die Minderheit bemüht sich, zu vereinigen, was unvereinbar ist; sie beraubt, vom Standpunkt des Klassenkampfes gesehen, jede ihrer internationalen Deklarationen

jedes Wertes. Diese Erklärungen werden zu einer hohlen Phraseologie, deren unausbleibliche Konsequenz die Verschleierung in den Augen des Proletariats, des reinen Regierungs- und Kriegscharakters des offiziellen Sozialismus ist.

Die Notwendigkeit des sofortigen Friedens proklamieren und sich dabei mit der Forderung der Einberufung des internationalen Bureaus und der Veröffentlichung der Kriegsziele zu begnügen, heißt den Massen die trügerischen Hoffnungen auf die heilbringende Arbeit der Delegierten und Parlamentarier vorgaukeln und jede fruchtbare Arbeit zur Erringung dieses Friedens lähmen.

Zwei Jahre inhaltlosen Geredes und der Fehlschlag aller Bemühungen von Hunsmans haben zur Genüge bewiesen, daß die Einberufung des internationalen Bureaus eine Unmöglichkeit ist, wenigstens solange der Krieg dauert und wenigstens solange der Sozialismus nicht mit der Burgfriedenspraxis bricht.

Und der Bruch des Burgfriedens und das Ausgeben der Mitarbeit an der Regierung können in dem Programm der Minderheit, mit Ausnahme kleiner vereinzelter Manifestationen, keinen Eingang finden. Eine Partei, die den Krieg unterstützt, hat keine Möglichkeit, die Mithilfe der Regierung zu verweigern; eine parlamentarische Fraktion, die den Ministern Milliarden bewilligt, hat nicht das Recht, ihre Mitarbeit zu entziehen bei der Verteilung dieses Geldes und bei der Leitung der Staatsgeschäfte.

So ist es klar, daß, während die Mehrheit durch ihre Politik die Zukunft des französischen wie internationalen Sozialismus untergräbt, so kompromittiert die Minderheit für immer die Idee sogar einer Opposition gegen den offiziellen Sozialismus.

Deswegen erachtet es das Zimmerwalder Komitee für notwendig, gegen gewisse Äußerungen zu protestieren, die es als mit der Minderheit verbündet darstellen. Im Gegenteil lehnt das Zimmerwalder Komitee in formellster Weise jede Solidarität mit der Aktion der Minderheit ab. Es erklärt, daß jede Hoffnung auf die Auserhebung der Internationale solange unbegründet bleibt, solange im Innern des Sozialismus und Syndikalismus Gefangene der kapitalistischen Bourgeoisie verbleiben und solange nach außen der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats durch die Geheimdiplomatie der sozialistischen und syndikalistischen Führer erstickt wird.

Aus unserm politischen Tagebuch.

25. Januar.

Endlich und nach langem Leigen hat sich nun auch die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages gespalten. Nicht durch die Initiative der oppositionellen Minderheit etwa! Wer könnte von einem Adolf Hoffmann, der noch tags zuvor auf der Konferenz der „Opposition“ zur Resolution des Parteizentrums stand, erwarten, daß er und seine zentrierten Freunde einen wirklichen Kampf gegen die Sozialpatrioten führen würde! Nein, auch hier gebührt den Sozialpatrioten das Verdienst, Klarheit geschaffen und die Fraktion gespalten zu haben. Wir glauben keinen Augenblick, daß dieser Akt dem „oppositionellen“ Zentrum um Adolf Hoffmann besonders heilsam sein wird. Unfähig und unlustig, den Kampf gegen die Sozialpatrioten zu führen, wird die Zentrumsoption des preussischen Landtages ihre Haltlosigkeit gerade jetzt vor aller Welt offenbaren. Die Spaltung der Partei ist für das Zentrum in jeder Hinsicht ein gefährliches Ding. Man begreift die tiefe Abneigung der Zentrumsleute vor ihr vollkommen.

Feuilleton

Sickingens tragische Schuld.

Ich hätte euch vielleicht ganz anderen Rat gegeben — minder klugen Rat und doch vielleicht zugleich auch klügeren.

In unserem Kampfe vor und während des Krieges haben wir von gar manchem guten Freund — wirklich ganz ohne Ironie, von manchem guten lieben Freund die freundliche Mahnung erhalten: Ihr fangt die Sache verkehrt an. Warum so offen sagen, was man denkt und will? Damit kommt ihr nie zum Ziele. Der Gegner weiß, woran er ist und rüstet dafür und den Freund stoßt ihr vor den Kopf. Klug muß man sein. Politik will diplomatisch betrieben werden. So drängten unsere klugen welterfahrenen Diplomaten und so kluge Politik ist gang und gäbe gewesen in unserer Partei und sie wurde es immer mehr, je mehr das politische Handeln in das parlamentarische Souterrain verweisen wurde und die klugen Führer Weltgeschichte machten. Da war die Gelegenheit da für die feinen Schachzüge und heimlichen Rabalen, für die diplomatische Vorsicht der halben Wahrheiten und der ängstlichen Sicherung der Rückzugslinien, für die Taktik des Totschweigens und der feigen Ablehnung und Abschwächung von Worten, die im hitzigen Gefechte vom Herzen stracks über die Zunge gelaufen. Gelegenheit zum Paradieserfolg mit all dem Rüstzeug, daß zu Eintagsfolgen führt. Was Wunder, daß es damit nicht aufhören will! Was Wunder, daß man auch unserer „Arbeiterpolitik“ gegenüber geltend machte: Zwar habt ihr Recht in eurer Beurteilung der inneren Parteifragen, aber wir können das Blatt nicht brauchen, weil es allzu unklug die Tatsachen ausspricht, die schwächeren Anhänger der Opposition abschreckt, diese teilt und schwächt. Auch ist es wenig diplomatisch, die heiklen Fragen der Kreditbewilligung, der Vaterlandsverteidigung zu erörtern, wodurch wir nur diejenigen verlieren, die nicht soweit mitgehen können, dem Gegner aber Waffen gegen uns in die Hände drücken. Diesen schlaun Köpfen pflagen wir zu antworten: Studiert Lassalles Drama „Franz von Sickingen“! Und so tun wir es auch heute wieder.

So soll es ein Aufsatz mit politischer Tendenz keine ästhetische Würdigung sein, was wir über Lassalles „Sickingen“ schreiben. Nur zwei Worte erscheinen uns in dieser Hinsicht und bei solch günstiger Gelegenheit nicht überflüssig. Der „Sickingen“ soll ästhetisch völlig wertlos sein. Gewiß will uns, die wir von Ibsen und Strindberg auch von der Bühne herab eine Sprache im Alltagsgewand vernahmen und eine Kunst schätzen lernten, die auf die Aushilfsmittel der Theatralik verzichtet, — gewiß will uns der pathetische Sambuschritt der Lassalleschen Helden nicht mehr imponieren. Doch wo die Aufführung des Marquis Posa mehr sein will, als eine Verbeugung vor dem Schillerischen Genius, da kann auch „Sickingen“ sich sehen lassen. Und wenn nichts anderes bestehen sollte, so bleibt doch Huttens Auseinandersetzung mit Marie eine Szene von dramatischer Wucht. Gewaltig wird die Nachempfindung geweckt von der Schilderung des Lebens Ulrichs von Huttens, dieses Lebens voll Unrast und Kampf, voll Wissensdrang und Leidenschaft, voll Elend und Enttäuschung und Niederlagen. Und mächtig ringt sich empor aus allen Niederlagen, der Opferwille in der Menschheit höchstem Dienst:

Die Besten müssen springen in den Riß der Zeit,
Nur über ihren Leibern schließt er sich,
Nur ihre Leiber sind der seltne Samen,

Aus dem der Völkerfreiheit üpp'ge Pflanze
Grünend hervorsteht, eine Welt befruchtend.

Cassalles Drama ist ein Tendenzstück, daß den Zweck hatte, den Liberalen in Deutschland den Rücken zu steifen. Es war einer der letzten Versuche, die alle mit Enttäuschungen endeten, bis er zu dem Entschluß kam, daß mit dieser Partei nichts zu erreichen sei und an die Arbeiter appellierte. Er gibt in diesem Stück die Grundlage für alle politische Taktik, indem er die liberal blöde sprachlich unmögliche Redensart über den Haufen wirft, wonach die Politik die Kunst des Erreichbaren ist. Er führt seinen Nachweis durch die Entwicklung der tragischen Schuld Sickingens.

Wir sehen davon ab, zu untersuchen, ob Cassalle seine Helden und ihre Zeit richtig zeichnet. Nach ihm will Sickingen, der sich durch kühne glückliche Feldzüge im Kampf mit dem kleinen Fürsten- und Pfaffentum, durch sein furchtloses Eintreten für Luther den Namen eines deutschen Brutus erworben hat, das deutsche Elend, die Kleinhaaterei und Pfaffen- und Fürstenwirtschaft vernichten und Deutschland in alter Einheit und Kraft unter einem mächtigen Kaiser wieder aufrichten. Karl der Fünfte, der junge Kaiser von Sickingens Gnaden ist seine Hoffnung. Aber der junge Kaiser hat eine greisenhafte Gesinnung. Um seine Hausmacht zu sichern, unterwirft er sich dem Kaiser, dann gegen ihn für den Reichsgedanken. Die Ritterschaft hat er hinter sich, die unter seiner Führung sich getraut mit allen Fürsten anzubinden. Sie drängen zum Kampf. Aber Sickingen selber hält sie zurück. Er will klug zu Werke gehen. Rüstet er jetzt ein großes Heer und spricht er offen seine Ziele aus, dann wird er den Feinden zeigen, warum es geht, sie zusammen schmieden und auf den härtesten Widerstand stoßen. Unklug wäre es, das herauszufordern. Wie fein gesponnen ist indes der Plan, erst mit dem Kurfürst-Bischof von Trier anzubinden, mit dem er wegen kleiner Privatfehde in Fehde liegt. Er soll erst niedergezwungen sein und dann soll's weiter gehen. Und damit's die Fürsten dennoch als seine eigene Privatfehde ansehen, wie er sonst sie wohl geführt, so wird der Vertrag des Ritterbundes angefertigt.

... in unscheinbar kleintlichem Gewand,
Den großen Zweck des Bundes zu verhüllen,
Beschwichtigend den stets bereiten Argwohn
Der Fürsten, wenn sie von der Einung hören.
Denn früher nicht, bis reif der Augenblick,
Darf man durchschaun, was hier gestiftet worden.

Trotz ernster Mahnung wird nach dem Plan gehandelt und von Erfolg zu Erfolg führt Sickingen sein kleines Heer. Des Trierer Bischofs Burgen fallen, bis vor Triers Mauern Halt geboten wird. Auch hier glückt erst die Sache. Die feste Stadt, in der der Aufruhr gährt, steht vor der Uebergabe. Da kommt der Rückschlag fürchterlich. Dem Kurfürsten wachsen von allen Seiten Kräfte zu. All jene, die sich bedroht fühlen von Sickingens Kühnheit und himmelstürmenden Plänen, leihen ihre Hilfe. In Sickingens Lager jagt eine Niespoff die andere. Es kommt zuerst der Dank vom Hause Oesterreich, die Achtung durch den Kaiser. Ein Feind nach dem andern erseht. Die Fürsten vergessen ihre Eifersüchteleien und rücken von allen Seiten mit Heeresmacht gegen Trier vor. Und als der Kurfürst von der Pfalz, der Sickingen tief verpflichtet ist mit dem Luthertume liebäugelte, zur Rettung der fürstlichen Oberhoheit vor Sickingens hochverräterischen Plänen heranzückt, da muß Trier kurz vor dem Falle aufgegeben werden. Und nun folgt ein mühseliger Rückzug und ein langsames In-Tode-Kämpfen in der belagerten Burg Sickingens.

Die kleine Klugheit hatte sich gerächt. Sickingen weißer Ratgeber Balthasar Sibr zieht das Fazit der Rechnung. Notwendigkeit, nicht Zufall war es, was zum Zusammenbruche führte. Besser sich

offen gegen Kaiser Karl erheben, Umformung der Kirche und des Reiches lesbar auf das Banner schreiben, ja besser selbst, sich kühn Kraft solcher Titel und solchen Rechts zum Kaiser auszurufen, als dies Verstecken mit dem Freund zu spielen, das keinen Feind noch blind gemacht.

Das eben ist's. Durch eure Klugheit stürzt ihr.
Das Größ're hättet ihr gekonnt, das Klein're
Konntet ihr nicht!

Der Feind wurde nicht getäuscht. Sichern Instinktes sahen die Fürsten in Sickingen den allgemeinen Todfeind ihres Standes.

Die Freunde nur habt sorglich ihr getäuscht:
Der Nation galt es als solche Fehde!
Drum bleibt sie ruhig, Städte, Landvolk läßt euch
Mit eigener Kraft den eignen Handel enden,
Dermeil schon durch des ersten Schlags Mißlingen
Der Adel zögernd sich zurückzieht.

Die Gärung, die Deutschland durchwühlte, blieb ungenutzt. Der Feind triumphierte. So schließt — eine Mahnung für jeden politischen Kämpfer — Balthasar seine Abrechnung:

O, nicht der Erste seid ihr, werdet nicht
Der Letzte sein, dem es den Hals wird kosten,
In großen Dingen schlau zu sein. Verkleidung
Gilt auf dem Markte der Geschichte nicht,
Wo im Gewühl die Völker dich nur an
Der Rüstung und dem Abzeichen erkennen;
Drum hülle stets vom Scheitel bis zur Sohle
Dich kühn in deines eignen Banners Farbe.
Dann probst du aus im ungeheuren Streit
Die ganze Triebkraft deines wahren Bodens
Und stehst und fällst mit deinem ganzen Können!

Berse aus dem Sickingen.

O, hätt ich tausend Zungen — grade jetzt
Mit allen tausenden wollt ich zum Lande reden:
Biel lieber will ich, elend wie ein Wild gehetzt,
Von einem Dorfe mich zum andern tragen,
Als an der Wahrheit schweigend zu verzagen!
Wohl mag es der Gewalt, mich zu verderben, glücken,
Des Geistes Stimme soll sie nie mir unterdrücken.

Ich kann nicht schweigen, kann durch Schweigen nicht
Mir Obdach und des Leibes Sicherheit erkaufen.

Beschleunigen könnt ihr — könnt verhindern nicht,
Gestalten könnt ihr — könnt nicht unterdrücken,
Nicht wenden, nicht verzögern das Notwendige,
Das mit des Lebens Kraft zur Selbstentfaltung drängt.

Die Zeit vollzieht sich — doch vollzieht sie sich
Anders mit euch und anders gegen euch.

Das Ziel nicht zeige, zeige auch den Weg.
Denn so verwachsen sind hintenden Weg und Ziel,
Das eines sich stets ändert mit dem andern
Und andrer Weg auch andres Ziel erzeugt.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 5

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 3. Februar 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie	Seite 33
Der französische sozialistische Parteitag. Von Henri Guilbeaux	35
Der Kampf der österreichischen Parteioption	36
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. Von M. Bronski (Schluß)	37
Aus unserm politischen Tagebuch	38
Feuilleton:	
Ein Traum. Aus dem „Alten Spiegel“ von Ch. de Coster	39
Jungen und Auser. — Herbstlied eines Chinesen. — Bild der Freiheit. — Sprüche.	40

Die Spaltung

der deutschen Sozialdemokratie.

Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, die seit dem 4. August 1914 politisch immer klarer zutage trat, ist jetzt durch die sozialpatriotischen Instanzen auch organisatorisch vollzogen worden. Sie haben die Organisationen, die sich zum Kampfe gegen die Politik des 4. August auf der Oppositionskonferenz zusammenschlossen, kurzerhand als außerhalb der Partei stehend erklärt. Die guten Zentrumsleute, die auf der Konferenz die Propaganda der Beitragsperre abgelehnt haben, um den Sozialpatrioten keine Handhabe gegen sich zu geben, hatten wieder einmal vergessen, daß, wenn man den Hund prügeln will, der Stock sehr bald gefunden ist. Wie zahm und lendenlahm die Zentrumsopposition auch immer war, so hemmte sie dennoch die Bewegungsfreiheit der Sozialpatrioten, und so wurde den Zentrumsleuten der Stuhl vor die Tür gesetzt. Wenn sie sich, wie es in einem besonderen Aufruf der Arbeitsgemeinschaft geschieht, jetzt noch auf den tausendmal zerstörten „Rechtsboden“ der Partei berufen, wenn sie das Statut schwingen und erklären: der sozialpatriotische Parteivorstand hat kein Recht, uns auszuschließen, wir bleiben in der Partei, erst der Parteitag wird entscheiden: so erinnern sie lebhaft an jenen russischen Juden, der, auf dem Polizeirevier verprügelt, nach Hause eilte, das Gesetzbuch holte und dem Prügelhelden bewies, daß er das Gesetz nicht kenne, da die Prügelstrafe aufgehoben sei, worauf er dann sofort eine zweite Tracht Prügel bekam.

Ich bin, ich bleibe! Jawohl, außerhalb der offiziellen Organisation, wo nur die Sozialpatrioten die Mehrheit haben. Das Schwenken des Parteistatuts wird an dieser Tatsache nichts ändern; es wird nur das ergötliche Bild zeigen, wie die Zentrumsleute, die in ihrer offiziellen Antwort auf den Beschluß der sozialpatriotischen Instanzen diese des Sozialnationalismus bezichtigen, in Wirklichkeit

den heroischen Kampf führen um die Einheit mit den Sozialpatrioten.

Das alles sind Kindereien, und unser Bruderblatt, der Duisburger „Kampf“, war vollkommen im Recht, als es am 6. Januar schrieb, die deutsche Sozialdemokratie existiere heute als Ganzes gar nicht mehr. Als die entschiedene Linke das offen aussprach und die sozialistischen Arbeiter immerfort aufforderte, sich für die kommende organisatorische Spaltung vorzubereiten, die der politischen Spaltung unbedingt folgen mußte, da wurde sie von den Zentrumsleuten als „Spaltpilz“ angefaucht. Der „Vorwärts“ erklärte unter der damaligen Zentrumsredaktion, daß die Zentrumsleute selbst eine Entscheidung des nächsten Parteitages, der zugunsten der Sozialpatrioten ausfallen würde, hinnehmen würden, weil die späteren Beschlüsse sich ganz gewiß auf die Seite der Opposition stellen würden. Ja, selbst unsere Freunde aus der Gruppe „Internationale“ (Spartacus) fürchteten die Lösung der Spaltung als unpopulär. Indes: die „Spaltpilze“ behielten Recht. Die Spaltung ist gekommen, weil sie kommen mußte (merken Sie es jetzt endlich, Genosse Henke!), obwohl die sozialpatriotische Mehrheit wie das gesamte Parteizentrum nichts mehr als die Spaltung, d. h. die klare Auseinandersetzung der Gegensätze fürchtete.

Auf die Dauer konnte eine Organisation die Helfershelfer des Imperialismus und seine erkorensten Gegner, diejenigen, die auf Streikrecht und Freizügigkeit verzichteten und diejenigen, die den Klassenkampf führen wollen, nicht in ihren Reihen beherbergen. Der Gegensatz der bürgerlichen und proletarischen Politik mußte die Organisation der deutschen Sozialdemokratie sprengen. Wer den Bürgerfrieden mit der Bourgeoisie schloß, mußte die Arbeiterklasse spalten. Und wie in Deutschland, so wird es auch in Frankreich geschehen, früher oder später. In Deutschland erfolgte die Spaltung früher einerseits, weil die Opposition hier stärker ist, als in anderen Ländern und weil dadurch die Sozialpatrioten unmittelbar bedroht wurden, die Organisationen aus den Händen zu verlieren; andererseits, weil die jetzige militärische Lage es den Sozialpatrioten Deutschlands nicht erlaubt, die Verantwortung vor der Regierung nicht nur für die Haltung der entschiedenen Linken, sondern selbst für die des Zentrums zu tragen.

Als die entschiedene Linke erklärte: die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr, sie ist politisch gespalten und die organisatorische Spaltung wird folgen, bereitet euch darauf vor, um im Moment der Spaltung nicht